

Medieninformation

Düsseldorf, 22. Januar 2024

Landtagspräsidenten begrüßen Zusammenhalt gegen Feinde der Demokratie - Aufruf zur Europawahl

Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente appellieren in einer gemeinsamen Erklärung an den gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen Feinde der Demokratie. Auf ihrer Konferenz in Brüssel riefen die Spitzen der Landesparlamente von Deutschland und Österreich, Südtirol und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zudem zur Teilnahme an der Europawahl auf.

André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, begrüßt das starke Zeichen aus der Mitte der Gesellschaft für die Demokratie: „Demokratinnen und Demokraten stehen auf und wehren sich gegen Hass und Hetze. Hunderttausende waren am vergangenen Wochenende in Deutschland auf den Straßen, um für die Demokratie einzustehen. Diese Aktionen geben den Parlamenten Rückenwind, um unsere Demokratie zu stärken. Diesem Versprechen haben wir mit großer Einigkeit auf der Landtagspräsidentenkonferenz Nachdruck verliehen: Weder in Europa, noch in Deutschland haben totalitäre Ideologien nochmal eine Zukunft.“

In der gemeinsamen Erklärung heißt es:

„In diesem Jahr feiern wir das 75-jährige Inkrafttreten der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, des Grundgesetzes. Dies muss Anlass sein, sich der Werte, Stärken unserer Verfassung und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vergegenwärtigen.“

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Stabilität unserer Demokratie zu wahren und uns gegen extremistische Tendenzen zu wehren. Dem verpflichten wir uns jeden Tag in unserer Arbeit für die Demokratie und werden dies auch zukünftig im Kampf gegen alle Verfassungsfeinde

tun. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland verlassen.“

In der gemeinsamen Aufruf zur Teilnahme an der Europawahl heißt es:

„Als Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Landtage sind wir überzeugt, dass die Ausübung demokratischer Rechte und die aktive Mitbestimmung wesentliche Bestandteile unseres wertebasierten Zusammenlebens sind. Angesichts vielfacher Versuche von Diktaturen, die Entwicklung und Handlungsfähigkeit demokratischer Systeme zu beeinträchtigen, werden wir als Europäerinnen und Europäer diese Herausforderungen nur meistern, wenn wir geeint und solidarisch zusammenstehen. Setzen Sie dafür ein Zeichen mit Ihrer Stimme.“

Bei der diesjährigen Europawahl dürfen in Deutschland zum ersten Mal auch 16- und 17-Jährige von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Die Präsidentinnen und Präsidenten tagen regelmäßig unter jährlich wechselnder Federführung und erörtern aktuelle Herausforderungen der Landtage, Fragen des Föderalismus und die Position der Landesparlamente in Europa. Den Vorsitz der Konferenz hat aktuell Cornelia Seibeld, Präsidentin des Abgeordnetenhaus Berlin. Sie hat das Amt von André Kuper übernommen.

Hinweis an die Redaktionen:

Im Anhang finden Sie die Fotos der Konferenz. Bildquelle: Abgeordnetenhaus von Berlin